

Wenn Ärzte zu wenig sprechen

Grüne besuchten Frauen- und Mädchengesundheitszentrum

Ein Arztbesuch dauert im Schnitt sieben Minuten. Kaum Zeit für echte Beratung. „Die sprechende Medizin wird zu wenig honoriert“, kritisiert Theresa Schopper, Landtagsabgeordnete der Grünen. Umso wichtiger seien Einrichtungen wie das Frauen- und Mädchengesundheitszentrum (FMGZ), betonen die Grünen, die das Zentrum jetzt besucht haben.

Wenn Stadträtin Brigitte Wellhöfer, gelernte Krankenschwester, an ihre Zeit vor einigen Jahrzehnten im Klinikum zurückdenkt, dann packt sie das Grausen. Manche Gynäkologen seien gar nicht auf die Idee gekommen, dass man mit Frauen vor der Untersuchung auch reden könne, sagt sie.

Seitdem hat sich viel verändert. Die Verunsicherung vieler Patientinnen speist sich allerdings immer noch aus der Quelle Nummer eins: aus mangelnder Information. Carola Mägdefrau vom FMGZ hat immer wieder mit Frauen zu tun, die berichten, in Gynäkologie-Praxen schon von den Sprechstundenhilfen mit einem ganzen Katalog an kostenpflichtigen Zusatzleistungen wie Brust-Ultraschall und Ähnlichem überfallen zu werden. Viele könnten nur schwer einschätzen, ob die Untersuchungen für sie Sinn machten. Sie wünschten sich, der Arzt oder die Ärztin würde ausführlich mit ihnen darüber reden, ergänzt Bettina Faulstich vom FMGZ.

Unsichere Finanzierung

Über 3000 Mädchen und Frauen erreicht das FMGZ in der Fürther Straße im Jahr mit seinen Angeboten von Krebsvorsorge bis Yoga sowie Themen wie Schönheitswahn und Operationskult, die sich gesellschaftlich aufdrängen (am 14. März startet eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Der machbare Frauenkörper?!“).

Elisabeth Scharfenberg, grüne Bundestagsabgeordnete aus der Nähe von Hof, würde sich eine vergleichbare Einrichtung nicht nur in ihrer Umgebung, sondern flächendeckend wünschen. „So etwas ist absolut notwendig angesichts einer apparateorientierten Medizin.“ Deshalb müsse auch die Finanzierung gesichert sein.

Ein Thema, von dem die Frauen aus dem FMGZ ein leidvolles Lied singen können. 56 000 Euro bekommen sie im Jahr noch von der Stadt. Auch der Bezirk schießt Geld zu. Der Rest muss weitestgehend aus Mitgliedsbeiträgen, Kursgebühren und aus Töpfen berappt werden, die sich die Frauen immer neu selbst erschließen müssen.

Was die Grünen dazu bringt, eine alte Forderung wieder aufs Tapet zu bringen: ein Präventionsgesetz, das festschreibt, dass die Krankenkassen einen bestimmten Prozentsatz für Prävention ausgeben müssen. Geld, mit dem Einrichtungen wie das FMGZ dauerhaft finanziert werden könnten, ergänzt Wellhöfer.

Nur genehme Studien?

Und so halten die FMGZ-Frauen denn auch gegenüber den Politikerinnen ein Plädoyer für die unabhängige Patientenberatung. Und sie wünschen sich außerdem vor allem eines: ein Register, in dem alle Studien über die Wirksamkeit von Medikamenten aufgelistet sind. Sie kritisieren, dass oft nur die Untersuchungen zugänglich seien, die nach dem Geschmack der Pharmafirmen sind. Es ist ein Besuch ganz unter dem Motto „Politik trifft Praxis“. Der Gesundheitsausschuss des Bundestags sei ein ganz anderer Kosmos, sagt Elisabeth Scharfenberg. „Verkopft und lobbylastig.“ *sto*

Bundes-Grüne im Frauengesundheitszentrum

„Wir brauchen dringend das Präventionsgesetz!“

Im Rahmen der Tour „Grün macht gesünder“ besuchen die Grünen richtungsweisende Projekte in ganz Deutschland. Gestern informierte sich die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Scharfenberg in Nürnberg über das Angebot des Frauen- und Gesundheitszentrums (FMGZ) – und war begeistert.

Infoabende über Verhütung oder Wechseljahre; eine Vortragsreihe „Der machbare Frauenkörper?!“; Einzelberatungen über vielfältigste Probleme wie Brustkrebs, Essstörungen, unerfüllten Kinderwunsch oder Schwangerschaftsabbruch: „Es ist wirklich schade, dass es so etwas bei mir zu Hause nicht gibt“, sagt die Hoferin Scharfenberg. Wieder einmal sei sie bestärkt worden in ihrem Wunsch, solche Angebote zu unterstützen und sich für eine flächendeckende Einführung starkzumachen.

„Wir brauchen dringend das Präventionsgesetz!“, betonte die Grüne, und ihre Kolleginnen, die Landtagsabgeordnete Theresa Schopper und Stadträtin Brigitte Wellhöfer stimmten ihr zu. Unter der rot-grünen Bundesregierung legten Bund und Länder im September 2004 gemeinsame Eckpunkte vor, doch bislang wurde das Gesetz nicht durchgesetzt. „Es ist schwer, den Erfolg von Präventionsarbeit zu messen“, sagte Fraktionsvorsitzende Wellhöfer.

Doch gerade in einer Zeit der „apparatorientierten Medizin“ (Scharfenberg) seien Angebote wie das des FMGZ für Patientinnen unersetzlich – zumal sie hier in aller Ruhe ihre Fragen stellen können und auch beantwortet bekommen sowie ihnen weiterführende Hilfsmöglichkeiten vorgestellt werden. Per Gesetz könnte die Finanzierung gesichert werden, indem Prävention als Regelleistung über die Krankenkassen abgegolten wird. Denn jährlich binden die Anstrengungen der engagierten Mitarbeiterinnen, genug Geld aufzutreiben, viel Zeit und Kraft. „Der Etat muss Jahr für Jahr neu erwirtschaftet werden“, sagte FMGZ-Mitarbeiterin Carola Mägdefrau.

Derzeit erhält das FMGZ einen Zuschuss in Höhe von 60 Prozent von der Stadt (56000 Euro), aufgrund der angespannten Haushaltssituation wurden die Gelder vergangenes Jahr und auch heuer um 4,5 Prozent gekürzt. Für den Rest muss das Zentrum selbst aufkommen – in Form von Kurs- und Beratungsgebühren, Spenden sowie projektbezogenen Mitteln etwa vom Bezirk Mittelfranken. *kawa* m FMGZ: = 328262 oder im Internet unter www.fmgz-nuernberg.de